



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER SEPTEMBER 2022

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

es hat wieder nicht genug geregnet im August. Die Gießkanne war bei uns täglich im Einsatz. Gezielt mit wenig Wasser direkt an die Pflanzen.

Die Gießkanne ist dann ein Problem, wenn es um Unterstützungshilfen geht. Im Moment wird das 3. Unterstützungspaket ausgehandelt. Ich finde, es muss gezielter den Menschen geholfen werden, die es wirklich nötig haben. Der Satz von Olaf Scholz „You'll never walk alone“ – (Du wirst nie alleine gehen) sollte nicht so verstanden werden, dass alle Probleme für alle abgedeckt werden. Das ist nicht zu schaffen! „Dafür ist die Welle zu hoch“, sagte Hubertus Heil. Recht hat er.

Es sollten sich wirklich alle fragen: Brauche ich diese Unterstützung des Staates wirklich, oder ist es einfach nur normal, die Taschen aufzuhalten, so nach dem Motto, „das steht mir doch zu“. Menschen in Grundsicherung (SGB II) und Menschen mit Unterstützungsbedarf im Alter (SGB XII), bedürftige Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Menschen mit kleiner Rente und mit geringem Einkommen brauchen unsere volle Solidarität und schnelle finanzielle Hilfe. 60% der Deutschen werden ihr komplettes Einkommen brauchen um durch den Monat zu kommen. Andere wiederum machen eine Kreuzfahrt nach der anderen. Ich neide das niemandem, Unterstützung vom Staat benötigen diese aber nicht.

Viel Spaß beim Lesen

Ihr/Euer

2



Klartext: Rente mit 70 ist keine Lösung!

4



Praktikum in meinen Büros

6



Städtebauförderung für MIL und MSP

7



Bundesbauministerin Geywitz zu Besuch

KLARTEXT

REGEL-RENTE MIT 70 IST KEINE LÖSUNG!



Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, hat — zur Freude der Marktliberalen im Bundestag — ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren einmal mehr zur Diskussion ge-

stellt. Das ist mit uns als SPD-Fraktion nicht zu machen!

Wer gesund im Arbeitsleben steht, kann bereits heute das Renteneintrittsalter selbst bestimmen. Wer bis 70 arbeiten möchte, kann dies jetzt schon mit der Flexi-Rente. Für viele sind dabei gesundheitliche Probleme jedoch ein Hindernis. Deswegen stärken wir als Koalition auch Prävention und Rehabilitation im Arbeitsleben. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters würde jedoch für viele, die nicht mehr länger

arbeiten können oder wollen, einer Rentenkürzung gleichkommen. Ich denke hier besonders an Handwerker und alle, die in körperlich sehr anstrengenden Pflegeberufen tätig sind!

Inflation, steigende Lebenshaltungskosten sowie ein immer gravierenderer Fachkräftemangel lassen sich hiermit nicht lösen. Wir müssen stattdessen die Hinzuverdienstgrenze in der Rente langfristig anheben (s.u.), sozialversicherungspflichtige Beschäftigung — insbesondere bei Frauen — steigern und den Ausbau der Bundesagentur für Arbeit in eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsagentur zügig vorantreiben. Zudem muss endlich ein modernisiertes Fachkräftewanderungsgesetz beschlossen werden, um den Fachkräftemangel weiter zu lindern.

Das alles würde helfen, keine Rente mit 70!



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

HINZUVERDIENST IN DER RENTE

Wer die Regelaltersgrenze erreicht hat, kann als Rentnerin oder Rentner hinzuverdienen. Bei allen anderen wird ein Teil auf die Rente angerechnet. Hier wollen wir deutliche Verbesserungen:

- Statt jährlich 6.300 Euro soll ab Januar 2023 das 14-fache des durchschnittlichen Lohns aller Rentenversicherten anrechnungsfrei sein. Für 2022 wären das z.B. 46.060 Euro, die nicht auf die Rente von Frührentnerinnen und Frührentnern angerechnet würden.

Auch Menschen, die eine Rente wegen Erwerbsminderung erhalten, sollen mehr dazuverdienen dürfen:

- Wer voll erwerbsgemindert ist, und damit weniger als drei Stunden täglich arbeiten kann, kann z.B. 3/8 dieser Summe dazuverdienen.
- Wer eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung erhält, hätte nach der neuen Berechnung 2022 bis zu 34.545 Euro hinzuverdienen dürfen. Nun arbeiten wir daran, dass dies ab 2023 Gesetz wird!



Deutscher Bundestag, Werner Schuering

AUSSCHUSS

MEINE ARBEIT ALS VORSITZENDER

Vor sieben Monaten habe ich meine erste Sitzung als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales in unserem Sitzungssaal im Paul-Löbe-Haus geleitet. Und so sieht es dabei an meinem Arbeitsplatz aus: Jede Menge Ordner, Unterlagen, Handbücher und die Glocke, mit der ich die ausufernde Debatte zu bändigen versuche. Allerdings leitet der Vorsitzende die Ausschusssitzung als „Erster unter Gleichen“ und fungiert sozusagen als Moderator. So sieht es die Geschäftsordnung des Bundestages vor und so verstehe ich auch meine Arbeit.

Noch immer erfüllt es mich mit Stolz und Dankbarkeit zugleich, dieses Amt ausführen zu dürfen. Mit 50 Mitgliedern ist der Ausschuss der größte in dieser Wahlperiode. Und auch der Etat in diesem Bereich ist der größte, er umfasst heuer Ausgaben von 161,1 Milliarden Euro.

All dies zeigt, wie wichtig der Ausschuss ist, denn es geht um Rente, Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenförderung und Inklusion behinderter Menschen. Einen kleinen Ausschnitt aus dem, was wir in den letzten



Monaten bearbeitet haben, können Sie hier nachlesen: www.bundestag.de/arbeit



Büro Rützel

ARBEITS-TREFF

MIT JOBCENTER-LEITUNGEN

Mitte August traf ich mich im Biergarten in Laudendach mit den Geschäftsführerin und den Geschäftsführern der Jobcenter Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg und Aschaffenburg-Land.

Auch außerhalb der Geschäftszeiten ist mir der Austausch wichtig und in ungezwungener Atmosphäre konnten wir uns intensiv miteinander besprechen. Denn die Themen, die uns gemeinsam beschäftigen, sind meist die gleichen und reichten diesmal vom Bürgergeld über die Arbeitsmarkt-Integration von Geflüchteten aus der Ukraine bis zu Themen wie der Stärkung der Rehabilitation, beruflicher (Re-) Integration und Teilhabe (Langzeit-)Arbeitsloser am Arbeitsleben, wofür wir das Projekt LEILA-rehaktiv im Rahmen des Bundesprogramms „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben - rehapro“ eingerichtet haben.

TAGESAKTUELL



INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de



Henning Schacht

„SEHR GUT“

NOTE 1 BEI ABGEORDNETENWATCH

Pünktlich zu Sommerferienstart und Zeugnisvergabe in Bayern haben auch die Bundestagsabgeordneten ihre Noten bekommen – und zwar für die Beantwortung von Fragen auf www.abgeordnetenwatch.de.

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, Fragen von Bürgerinnen und Bürger zu beantworten. Ich versuche dies dann immer so schnell es geht zu tun – ganz gleich ob ich per Brief, Mail, Messenger, Plattformen, telefonisch oder direkt im persönlichen Gespräch kontaktiert werde.

All diese Medien und Kontaktmöglichkeiten immer und unentwegt im Auge zu behalten, ist bei der Vielzahl an Anfragen keine einfache Aufgabe. Aber ich gebe mein Bestes und bitte um Verständnis, wenn es einmal etwas länger dauert.

Gerade sehr spezielle Fragen müssen erstmal recherchiert und intensiv bearbeitet werden, bevor ich eine belastbare, ordentliche Antwort geben kann.



Zur Übersicht des Antwort-Check 2022 von Abgeordnetenwatch geht's [hier](#).



Büro Rützel

PRAKTIKANTIN

SCHÜLERIN IM WAHLKREISBÜRO

Anfang August, gleich zu Beginn ihrer Sommerferien, schnupperte Schülerpraktikantin Paula Dreßler aus Kreuzwertheim in die Arbeit meines Teams im Wahlkreisbüro in Gemünden, um den Ablauf in meinem Abgeordnetenbüro kennen zu lernen.

Es freut mich immer wieder, wenn junge Menschen wie Paula an Politik interessiert sind und ich dieses Interesse mit einem Einblick in die praktische Arbeit fördern kann.

Herzlichen Dank für die tatkräftige Unterstützung durch Erstellung des täglichen Pressespiegels, Recherchen und Zusammenfassungen. Paulas Fazit am Ende der Woche fiel erfreulicherweise auch sehr positiv aus, was mich natürlich sehr freut: „Ich kann nur jedem, der an gesellschaftspolitischen und organisatorischen Themen interessiert ist, empfehlen, diese Chance zu nutzen. Ich würde es auch jederzeit wieder tun.“

Paulas kompletter Bericht steht auf meiner Homepage. Mit einem Klick auf das Foto oder den Ikon geht's direkt dorthin.





AfA-GESPRÄCH

INFOS ZUM BÜRGERGELD

„Arbeit und Soziales“ gehören ganz wesentlich zur DNA der SPD. Das waren die Themen, weshalb ich in die SPD eingetreten bin und mich engagiert habe. Und das sind heute noch die Themen, für die ich brenne und die ich schwerpunktmäßig im Deutschen Bundestag bearbeite.

Deshalb ist mir der Austausch mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehr wichtig — und ganz besonders mit den Mitgliedern der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeit(-nehmerfragen) AfA. Mitte August hatte ich mit der AfA Bayern und ihrer Vorsitzenden Ronja Endres ein Online-Gespräch zu aktuellen Themen aus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales. Vor allem ging es um das neue Bürgergeld, das 2023 kommen wird.

Die AfA ist die größte und mitgliederstärkste Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Auch das zeigt den Stellenwert, die Themen Arbeit und Soziales bei uns in der Partei haben. Danke für den guten Austausch!



Bundesregierung/StadtLandMensch-Fotografie

BERLIN-FAHRT

AUS DEM WAHLKREIS

Ende Juli war eine Besuchergruppe in Berlin und hat dort ein politisch-historisches Programm absolviert. Die Gruppe aus Main-Spessart und Miltenberg hat nicht nur den Reichstag besichtigt, sondern auch Museen, Gedenkstätten und Ministerien, das Willy-Brandt-Haus der SPD und das Willy-Brandt-Forum Unter den Linden besucht.

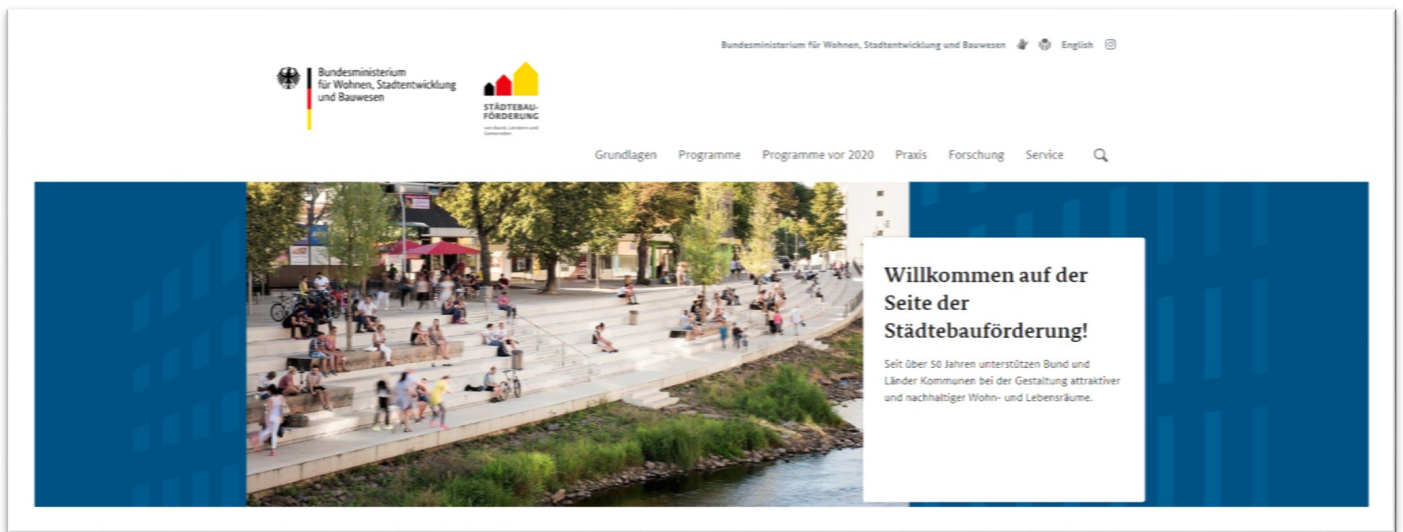


EVG Mainfranken

EVG-TREFFEN

IN GEMÜNDEN

Der Kontakt zu meinen Eisenbahner-Kolleginnen und -Kollegen ist mir wichtig, daher habe ich mich sehr über die Einladung zum Gespräch durch den EVG-Ortsvorstand Mainfranken gefreut.



STÄDTEBAU

FÖRDERUNG FÜR MIL UND MSP

Bund und Land unterstützen fünf Städtebauprojekte in den Landkreisen Miltenberg und Main-Spessart. Das hilft den Kommunen bei der Bewältigung zahlreicher Herausforderungen: Probleme mit Starkregen und Hitzeperioden werden immer mehr. Viele kommunale Einrichtungen sind außerdem längst sanierungsbedürftig. Der Bund unterstützt daher Städte und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Aufgaben seit vielen Jahren mit erheblichen Mitteln aus der Städtebauförderung. 900 Millionen Euro stellt er allein in diesem Jahr für Programme mit verschiedenen Schwerpunkten zur Verfügung. Auch Gemeinden in Main-Spessart und Miltenberg profitieren davon.

Die Bewilligungen aus drei Programmen haben Bundesbauministerin Klara Geywitz und die Bundesländer im August bekanntgegeben. Ich freue mich, dass Projekte in meinem Wahlkreis mit insgesamt über 3,5 Mio. Euro unterstützt werden. Davon profitiert jede und jeder von uns, denn unsere Städte und Gemeinden sind unser Zuhause. Dort finden Gemeinschaft und Leben statt.

Aus dem Programmteil „Lebendige Zentren“ erhält **Karlstadt 630.000 Euro** Förderung und **Marktheidenfeld 660.000 Euro**. Beide Städte haben Gelder für die Gestaltung der Altstadt beantragt.

Im Programmteil „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ gehen **120.000 Euro** nach **Elsfeld**, auch hier für den Altort.

Zwei Projekt-Anträge waren im Programmteil „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ erfolgreich. Für **Obernburg am Main** (Altstadt/nördliche Stadt) stehen **84.000 Euro** zur Verfügung und für **Sulzbach am Main** (Ortskern) **2.010.000 Euro**.

Bund, Land und Kommune tragen in der Regel je ein Drittel der förderfähigen Kosten. Sonderkonditionen gelten z.B. für Kommunen in Haushaltsnotlage, deren Eigenanteil auf bis zu 10 Prozent reduziert werden kann. Um die Kommunen stark für die Herausforderungen des Klimawandels zu machen, sind Maßnahmen zur Klimaanpassung seit diesem Jahr Voraussetzung für eine Förderung durch den Bund.

Mehr Infos zur Städtebauförderung in Deutschland unter www.staedtebaufoerderung.info oder mit Klick auf den Screenshot oben auf der Seite.



Noch mehr
Fotos von
unserem
Informations-Besuch im
Zementwerk finden Sie
auf meiner Facebook-
Seite!

CO₂-REDUZIERUNG

MIT DER BUNDESBAUMINISTERIN IM ZEMENTWERK IN LENGFURT

Mit einer schnellen Chemie-Lehrstunde in Sachen Zementherstellung startete Anfang August der Betriebsbesuch mit Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) im Zementwerk von HeidelbergCement in Lengfurt, der im Rahmen von Geywitz' Sommertour mit dem Motto „Unterwegs für das Zuhause – Zukunft nachhaltig bauen“ stattfand.

Mit dabei waren auch Pamela Nembach, Vorsitzende der SPD Main-Spessart und stellvertretende Landrätin, sowie Betriebsrat Christoph Müller. Neben der Werksleitung trafen wir auch einige Auszubildende und Werksangehörige, um direkt mit den Mitarbeitenden vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Für den Besuch bin ich unserer Ministerin sehr dankbar, denn es ging um ein wichtiges, sehr aktuelles

Thema: Die CO₂-Reduktion bei der Zementproduktion. Und da tut HeidelbergCement einiges, wie ich auch schon Anfang des Jahres bei meinem Betriebsbesuch erfahren habe (den Bericht zum Besuch im



Januar gibt es [hier](#)). Zum aktuellen August-Artikel in der Mainpost geht es [hier](#).

